

Italien

Roman Maruhn

Mehr Wettbewerbsfähigkeit ist die dringende Botschaft, die Italien (vielleicht) aus der Krise mitnehmen wird: Nicht nur über die Steuerpolitik, wie die Europäische Zentralbank die Regierung in Rom auffordert, sondern mit einem breiten Ansatz, der internen Protektionismus und Lobbypolitik aufbricht, muss Italien versuchen, Wachstumskräfte freizusetzen und seine Produktivität zu steigern. Andernfalls drohen dem Land weiterhin Stagnation und große Risiken auf den Finanzmärkten. Das warnende Beispiel Griechenland sollte eigentlich für einen Lerneffekt sorgen.

Dramatisch hat sich nicht nur die Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltskrise durch Italien gewälzt, sondern auch die innenpolitische Krise – die Regierung Berlusconi hat ihre Mehrheit verloren – hält das Land fest im Griff. Neuwahlen sind eine verbreitete Forderung nicht nur der Opposition sondern auch besonders der Wirtschaft: Die Unternehmen können und wollen sich keine Regierung mehr leisten, die sich nicht aktiv für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einsetzt. Der Automobil- und Industriekonzern FIAT droht mit der Verlegung seiner Standorte ins Ausland. Bei den wenigen Versuchen der Regierung, politisch aktiv zu werden, bleibt Regierungschef Silvio Berlusconi weitgehend unsichtbar, sein Finanz- und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti übernimmt dafür eine aktivere Rolle.

Italien in der Krise

Das Akronym PIIGS für die Mitgliedstaaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien tauchte im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Diskussion um die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen immer wieder auf. Nachdem die zweite Welle der Krise auch die nationalen Haushalte erfasst hatte und Griechenland – neben Ungarn – an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten war, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auch auf die anderen EU-Mitgliedstaaten, die neben hohen Haushaltsdefiziten und Handelsbilanzdefiziten eben auch eine sehr hohe Staatsverschuldung haben. Die Regierung in Rom und insbesondere Finanzminister Tremonti kämpften mit harter Überzeugungsarbeit erfolgreich gegen Versuche der Ratingagenturen und der Finanzmärkte die Zahlungsfähigkeit Italiens in Zweifel zu ziehen und konnte die Formel PIIGS in PIGS ändern, wobei Italien – zumindest in der nationalen Öffentlichkeit – dann nicht mehr Teil dieser Gruppe war. Dabei unterscheidet sich die Situation Roms aber auch deutlich von der der PIGS-Länder Portugal, Irland, Griechenland und Spanien: Italiens Wirtschaft ist stark diversifiziert und der Immobiliensektor hat zwar eine große Bedeutung, scheint aber keine Spekulationsblasen gebildet zu haben. Die Wirtschaftsleistung wird ähnlich wie die Deutschlands zu annähernd zwei Dritteln von der klassischen Güterproduktion dominiert, die Verschuldung der privaten Haushalte ist eine der geringsten in der Europäischen Union, der nationale Finanzsektor ist vergleichsweise gesund und verhältnismäßig wenig an den internationalen Märkten exponiert. Die hohe Staatsverschuldung von 118,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird zwar von den Märkten beim Verkauf von Schuldverschreibun-

gen durch höhere Zinssätze eingepreist, aber die Differenz zum Referenzwert der deutschen Schuldtitel ist dennoch im Schnitt vergleichsweise gering.

Italiens Regierung hat auf die Krise kaum reagiert und keine nennenswerten Stützungsprogramme aufgelegt; mit Verweis auf die hohe Staatsverschuldung wurden lediglich einige kosmetische Maßnahmen ergriffen wie eine Bonuskarte (social card), die besonders einkommensschwache Haushalte mit einem Konsumguthaben von 40 Euro im Monat unterstützte. Darüber hinaus wurden allerdings kaum Steuer- und Staatsgelder in die Wirtschaft gepumpt, um die Folgen der Krise abzdämpfen. Vielmehr wurden von der Regierung die automatischen Stabilisatoren beschworen und gebetsmühlenartig wiederholt, dass Italien weniger stark von der Krise betroffen sei als alle anderen Länder. Auf diese Weise vermittelte Rom den Märkten, seine Staatsschulden refinanzieren und tendenziell auch wieder verringern zu können. So sieht die jüngste Finanzplanung der Regierung vor, das Haushaltsdefizit von 5,0% (2010) bis 2013 auf 2,2% auch bei realistisch niedrigen Wachstumsraten unter 2% zurückzuführen. Entsprechend sollen die momentan steigenden Staatsschulden ab 2012 dann auch wieder mit zum Teil zwei Prozentpunkten sogar überraschend deutlich sinken.

Diese finanzielle Solidität in der Krise ist aber auf Kosten der Wirtschaftsleistung und des sozialen Friedens teuer erkaufte. Italien wächst selbst in der Erholungsphase nach dem Einbruch der meisten EU-Volkswirtschaften im Jahr 2009 nur sehr langsam: Gegenüber dem für Deutschland prognostizierten Wirtschaftswachstum von 3,6% wird für 2010 nur ein mageres 1,2% erwartet. Auch 2011 wird ein starker Aufschwung, der zumindest den Rückgang von 2009 – Italiens Wirtschaft schrumpfte um 5,1% – zum Teil kompensieren könnte, ausbleiben. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit von 7,8% (2009) auf 8,7% (2010) und die dem deutschen Kurzarbeitergeld vergleichbare Cassa integrazione wurde von 52 auf 78 Wochen verlängert, um die Arbeitslosigkeit so niedrig wie möglich zu halten. Die Krise hat die Hälfte des in den letzten zehn Jahren erarbeiteten Wirtschaftswachstums aufgefressen und ein wichtiger Indikator, die Jugendarbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen, hat 25,4% erreicht. Massiv sind auch die Familieneinkommen, der für Italien wichtige Konsum und freilich auch die Investitionen der Unternehmen zurückgegangen. Armut ist für 13,6% der Bevölkerung ein ganz konkretes Problem. Die Krise trifft besonders schwer die italienischen Familien, da hier die politischen Instrumente und Ressourcen stark unterentwickelt und damit auch unterfinanziert sind: Gerade einmal 5,7% der Sozialausgaben kommen den Familien zu Gute, während der EU-Durchschnitt nahezu beim Doppeltem liegt. Es ist bisher eine Grundsatzentscheidung der italienischen Gesellschaft, dass Sozialpolitik in erster Linie Altersversorgung heißt: 80 Prozent der Sozialausgaben gehen in die Renten der Italiener. Damit favorisiert die Sozialpolitik verhältnismäßig einseitig die alten Generationen des Landes – zwangsläufig auf Kosten der jüngeren und mittleren Altersschichten. In der Debatte wird dies besonders im Ländervergleich mit den EU-Staaten wahrgenommen und auch kritisiert, aber bis jetzt hüten sich die Parteien vor einem Paradigmenwechsel, da das Stimmenpotential der Rentenempfänger – bei im EU-Vergleich sehr vielen Frührentnern – berücksichtigt werden muss.

Im Ergebnis ist Italien – entgegen den Beteuerungen und Hoffnungen der Regierung – eines der OECD-Länder, die am schwersten von der Krise getroffen wurden. Lediglich Polen, Irland, Griechenland und Spanien werden noch länger mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu tun haben. Nach Prognosen des Unternehmerverbands Confindustria soll Deutschland bereits im zweiten Quartal 2011 wieder eine Wirtschaftsleistung wie vor

der Krise erreichen, während Italien zweieinhalb Jahre länger (viertes Quartal 2013) brauchen wird.

Erst spät hat die Regierung eingestanden, dass die Krise größere Auswirkungen auf Italien hat als zuerst angenommen und damit ein 25-Milliarden-Euro-Sparpaket gerechtfertigt. Es war auch deshalb notwendig geworden, weil alle europäischen Länder ähnliche Kürzungen beschlossen hatten und die italienischen Bot (Buono ordinario del tesoro, Staatsanleihen) mehrmals recht stark unter Druck geraten waren: So erreichte der Spread zwischen den italienischen Staatstiteln und den deutschen Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit zeitweise Spitzen von 157 Basispunkten. Tatsächlich scheint – zumindest laut Aussagen der italienischen Regierung – gegen die italienischen Titel so lange spekuliert worden zu sein, bis Rom mit dem Beschluss von Sparmaßnahmen seine Absichten zur Haushaltskonsolidierung bekräftigt hatte. Auch die Ausfallversicherungen für die italienischen Staatsanleihen erreichten im Mai 2010 Rekordhöhen, die nur wenige Basispunkte von denen spanischer Staatstitel entfernt blieben. Das italienische Sparpaket sieht massive Kürzungen bei den Staatszuweisungen an Regionen und Kommunen, eine Anhebung des Rentenalters insgesamt, eine deutliche Anhebung des Rentenalters von Frauen, eine Verschärfung der Bestimmungen zur Invalidität, die Einfrierung staatlicher Gehälter für die Jahre 2010 bis 2013, eine zehnprozentige Globalkürzung aller Ministerialhaushalte, eine zehnprozentige Kürzung der Minister- und Staatssekretärsbezüge, Gehaltskürzungen bei den leitenden Beamten und Staatsangestellten, eine kostenpflichtige Amnestie für Schwarzbauten, die Verwendung der Dividenden der staatlichen Aktiengesellschaften für die Zinstilgung, die Einführung von Straßenmaut auf bisher kostenfreien Autobahnen und Schnellstraßen, die Abschaffung von neun Provinzen und vielen regierungsnahen Agenturen besonders aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Bereich und schließlich auch ein Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzgeld und Steuerhinterziehung vor, das Barzahlungen über 5.000 Euro verbietet. Diese letzte Regelung ist dringend notwendig, nachdem Italien mit einer geschätzten Summe von jährlich 120 Milliarden Euro hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben die EU-Staaten im Mittel um das Zwei- bis Dreifache übertrifft. Allerdings scheint die anfängliche Beruhigungstaktik der Regierung bei den Italienern teilweise funktioniert zu haben: Die Bürger sind – oder werden auch bewusst besonders von den großen Fernsehsendern in ihrer Funktion als Leitmedien – über die tatsächlichen Ausmaße der Krise schlecht informiert; ein Drittel der Bevölkerung glaubte sogar, dass 2009 die Wirtschaft gewachsen sei.

Konflikte mit Europa

Im Verhältnis mit der Europäischen Union, deren Mitgliedstaat Italien nun einmal ist, lässt sich leider nicht die zweifelhafte Rolle des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi übergehen: Die italienische Abschiebep Praxis nach dem Inkrafttreten eines Abkommens mit Libyen, wonach Schiffbrüchige ohne Prüfung auf Asylrecht in das nordafrikanische Land wieder zurückgebracht werden, führte zur Aufforderung der Europäischen Kommission an Rom, Auskunft über das Prozedere zu geben. Berlusconi persönlich verbat sich solche „Kritik“ durch den Sprecher eines EU-Kommissars und forderte, dass lediglich der Kommissionspräsident und sein Sprecher solche Anliegen vortragen dürften. Andernfalls würde Italien die Arbeit der Europäischen Union mit einer „Politik des leeren Stuhls“ blockieren. Diese überzogene Reaktion gibt großen Aufschluss über die europapolitische Grundeinstellung Berlusconis und sollte nicht als typische Eskapade des italienischen Regierungs-

chefs abgetan werden: Berlusconis Auffassung der Mitgliedschaft Italiens in der Europäischen Union, seine besonders in der italienischen Innenpolitik nachweisbare Ferne zur demokratischen Grundordnung und auch seine praktizierte Verachtung für Grundregeln der Politik an sich schließen Italien bis auf weiteres für über das europapolitische Tagesgeschäft hinaus gehende strategische Initiativen und Partnerschaften in der Europäischen Union aus. Italienische Wunschträume einer Achse Paris-Rom bleiben auf vereinzelte gemeinsame Positionen in einigen politischen Randfragen beschränkt und stellen wohl eher eine weitere Variante der „Männerfreundschaften“ Berlusconis zu in erster Linie präsidial regierenden Staatsführern dar.

Über die Dispute zwischen Brüssel und Rom in der Frage der Behandlung illegaler Einwanderer hinaus gibt es eine Reihe von italienischen Sonderwegen in der Europäischen Union, die das Land häufig in Konflikt mit europäischem Recht bringen: So werden seit Jahren die für Italien vereinbarten Milchquoten mit Wissen der Regierung verletzt und Italien muss hier Strafzahlungen leisten: Der Koalitionspartner Lega Nord macht sich für die Milchbauern besonders im Norden stark und ignoriert die europäischen Verpflichtungen. Ebenso erhält die katholische Kirche vom italienischen Staat Steuerbegünstigungen, die europäischem Recht widersprechen. Auch in der Frage des Umgangs mit Sinti und Roma verfolgt die Regierung einen Kurs, der sie in die Nähe des dabei populistisch agierenden französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy gebracht hat. Defizite beim Umweltschutz, die in vielen Teilen des Landes außer Kontrolle geratene Abfallbeseitigung, eine mangelhafte Integration von Ausländern in die italienische Gesellschaft, die Reduzierung der Entwicklungshilfe und eine richtungslose Energiepolitik erfordern die Wachsamkeit der europäischen Institutionen und ein damit notwendiges Korrektiv einer wenig aufmerksam agierenden nationalen Politik, auch wenn Italien mittlerweile nicht mehr das Mitgliedsland mit den meisten anhängigen Vertragsverletzungsverfahren ist.

Großer EU-Mitgliedstaat – zweitklassige Europageltung

Und Italien zahlt für dieses europapolitische Image einen hohen Preis: Die Besetzung der EU-Botschafterposten im Rahmen des sich strukturierenden Europäischen Auswärtigen Dienstes wurde als Fiasco der Personalpolitik wahrgenommen. Nachdem bereits der italienische Kandidat für den Vorsitz des Europäischen Parlaments das Nachsehen gegenüber Jerzy Buzek hatte, der ehemalige Ministerpräsident Massimo D'Alema bei der Besetzung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton den Vortritt lassen musste, Ministerpräsident Berlusconi seinen Finanz- und Wirtschaftsminister Tremonti zum Vorsitzenden der Eurogruppe machen wollte, aber Jean-Claude Juncker wieder bestätigt wurde, hat die Berufung von Italienern zu EU-Botschaftern für Albanien und Uganda eine Debatte über die zweit- und drittklassige Repräsentanz Italiens in der EU und der internationalen Diplomatie ausgelöst. Kritik wird besonders an der Regierung in Rom selbst geübt: Ihrer fehlender Flankierung aus parteipolitischen Kalkül wird Mitschuld am Scheitern heimischer Vertreter besonders in der Europäischen Union gegeben. Dabei wird aus heutiger Sicht romantisierend an die Zeiten eines Romano Prodis als Kommissionspräsident mit den Kommissaren Mario Monti und Emma Bonino, sowie Renato Ruggiero an der Spitze der WTO erinnert. Sicherlich lässt sich der Bedeutungs- und besonders auch Imageverlust Italiens nicht nur mit der umstrittenen Person Silvio Berlusconi als Regierungschef erklären, sondern Italiens Außendarstellung hat sich auch aufgrund der handfesten Datenlage eines stagnierenden und wenig fortschrittlichen Staates

über die letzten zehn Jahre international verschlechtert. Diese besonders für die italienische Öffentlichkeit so noch nicht realisierte Wahrnehmung führt auch zu einer falschen Selbsteinschätzung der Italiener und ihres Landes, die wohl zu einem Großteil auch der schlechten Informationslage im Land selbst geschuldet ist.

Es bleibt bei dem alten Dilemma, auch wenn sich die schlimmsten Befürchtungen nun auch tatsächlich zu bestätigen scheinen: Italien hat, sei es wegen der fehlenden Kontinuität einer echten politischen Klasse, sei es wegen einer sehr schlechten Performance seiner Regierung – im Ausland wird diese wesentlich stärker wahrgenommen als im Inland selbst – trotz seines demographischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Status als drittgrößte EU-Volkswirtschaft nach Deutschland und Frankreich auf seiner europapolitischen Habenseite verhältnismäßig wenig vorzuzeigen. Verstärkt ist in der Öffentlichkeit auch wieder der Blick nach Außen, zu den europäischen Partnern festzustellen, um das eigene System mit den anderen EU-Mitgliedstaaten abzugleichen. Dabei gerät dieser Blick nach Außen in vielen Politikbereichen, besonders aber auch in der Frage des politischen Systems selbst und seiner Reform, zu einer Orientierungssuche, da die Unfähigkeit der politischen Parteien und der von ihnen gestellten Regierungen zu einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung Italiens von der Öffentlichkeit und den Akteuren der Gesellschaft mittlerweile schon fast vorausgesetzt wird.

Deutschland als Konkurrent und mögliches Modell

Mit dem Heranrücken des Endes der Amtszeit von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet im Oktober 2011 ist eine Debatte über dessen Nachfolger entbrannt, die als Hauptkonkurrenten Bundesbankpräsident Axel Weber und seinen italienischen Amtskollegen Mario Draghi identifiziert. Während Weber sich der Unterstützung der Bundesregierung und vermutlich auch der deutschen Opposition sicher sein kann, ist die Regierung Berlusconi keineswegs ein rückhaltloser Unterstützer Draghis, zumal der Chef der Banca d'Italia gerade in der Wirtschaftspolitik immer wieder die Regierung zu Reformen auffordert, die diese allerdings nicht leisten kann oder will. Auch die Rolle der französischen Regierung bleibt unklar: Einmal scheint sie den Italiener zu favorisieren, dann gibt es Stimmen, die bereits von einer Vorfestlegung auf Weber oder der Favorisierung eines eigenen, französischen Kandidaten sprechen. Das Rennen bleibt offen, wird verhältnismäßig schonungslos geführt – so wurde Draghi in der Griechenlandkrise unterstellt, in seiner Zeit bei Goldman Sachs an der Finanzierung des griechischen Staates beteiligt gewesen zu sein – und könnte sicher auch eine überraschende Wendung durch die Einigung auf einen dritten Kandidaten finden.

Auch darüber hinaus verschärfen sich italienisch-deutsche Dispute trotz der an der Oberfläche von beiden Seiten gegenseitig ritualisierten Versicherung der besonderen und hervorragenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Besonders die Bundesregierung musste so auch Äußerungen des italienischen Ministerpräsidenten widersprechen, er habe beim Europäischen Rat am 17. Juni 2010 sein Veto gegen eine Finanzmarkttagung eingelegt. Aber auch die italienische Seite zeigte sich parteiübergreifend und mit großem öffentlichem Echo nicht nur irritiert, sondern auch verärgert über den brachialen Kurs der Bundesregierung und von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die EU-Länder zu nationalen Sparpaketen zu zwingen. Anders ist nämlich das lange Abwarten der Bundesregierung bei der Frage einer Unterstützung Griechenlands in der Eurokrise im Nachhinein nicht zu deuten, auch wenn die Öffentlichkeit über die zögernden Deutschen in einem Moment gemeinsamen europäischen Handlungszwangs erstaunt war, hatte sich Italien

doch von Anfang an als Unterstützer Griechenlands positioniert. Die Kritik am Verschleppen der Verabschiedung des Rettungspakets für Athen wurde bereits in Milliarden Euro aufgerechnet und die Frage, warum die Bundesregierung es in Kauf nehme, dass nicht nur alle Mitgliedstaaten, sondern auch sie selbst im Endeffekt einen deutlich höheren Preis für den griechischen Rettungsschirm zahlen musste, hat Zweifel an der strategischen Handlungsfähigkeit Berlins, seinem europäischen Engagement und natürlich auch der Solidarität innerhalb der Europäischen Union entstehen lassen, die die Bundesrepublik zumindest weniger berechenbar, wenn nicht sogar auch ein Stück weit egoistisch-einzelgängerisch erscheinen lassen. So machte auch das Gedankenspiel die Runde, Berlin könne aus dem Euro austreten. In diese Atmosphäre passen auch Pressestimmen nach der Verabschiedung der Griechenlandhilfe, dass Frankreichs Präsident Sarkozy, Ministerpräsident Berlusconi und EZB-Präsident Trichet die Kanzlerin in der Frage des von Griechenland an die EU-Länder zu zahlenden Zinssatzes vor vollendete Tatsachen gestellt hätten und ihr damit nach monatelangem Hinhalten im letztmöglichen Moment das Heft des Handelns aus der Hand genommen hätten.

In der Frage einer Verschärfung oder zumindest Verbesserung des Stabilitätspakts versuchte Rom mit einer kreativen Idee wieder die Initiative in der Europapolitik zu ergreifen: Auch um aus der Schusslinie der hohen Staatsverschuldung zu geraten, solle in die Berechnung der staatlichen Gesamtverschuldung auch die Verschuldung der privaten Haushalte mit eingehen. Dies würde zu einer drastischen Verbesserung der italienischen Gesamtverschuldung führen, da die italienischen Bürger im EU-Vergleich mit am wenigsten private Haushaltsschulden haben. Bis jetzt ist dieser Diskussionsansatz noch nicht abgeschlossen, aber er hat in Form der Bundesregierung und auch der Europäischen Zentralbank Gegner, da damit das Kriterium der gesamtstaatlichen Verschuldung ad absurdum geführt werden würde.

Deutschland ist aber auch ein Modell für Italien, das gilt in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit und Lohnzurückhaltung, der Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, der Umwelt- und Energiepolitik und der Diskussion um eine Wahlrechtsänderung, in der immer wieder die personalisierte Verhältniswahl als mögliches Vorbild für ein neues italienisches Wahlverfahren angeführt wird. Auch die Integration von Ausländern, die Reform des deutschen Staatsbürgerrechts – sichtbar am spielerischen Erfolg und dem sympathischen Erscheinungsbild der deutschen Fußballnationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft 2010 – ist selbst in der breiteren Öffentlichkeit Italiens angekommen.

Zweckkooperation mit Frankreich in der Sicherheits- und Atompolitik

Eine historische Grundkonstante bleibt weiterhin natürlich auch der bescheidene kontinuierlich-konstruktive Beitrag Italiens zur Weiterentwicklung der europäischen Integration: Für den vorliegenden Berichtsraum sei dafür auf die Ratifizierung der Gründung der Eurogendfor, der Europäischen Gendarmerietruppe, mit Italien, Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Portugal, Rumänien und in Zukunft wohl auch Polen und Litauen hingewiesen. Diese Militärpolizeitruppe, der Italien die in internationalen Einsätzen immer wieder positiv aufgefallenen Carabinieri beisteuert, könnte ein fehlendes Glied in der Kette der Ressourcen der EU-Krisenreaktion darstellen schließen. Mit Sitz in Vicenza kann die multinationale – außerhalb der EU gegründete – Militärpolizeitruppe polizeiliche Aufgaben mit paramilitärischer Durchsetzungskraft kombinieren. So soll sie im Idealfall bei Interventionen jeder Art die öffentliche Ordnung aufrechterhalten oder schnell wieder herstellen.

Allerdings ist das Konzept der Vermengung polizeilicher (ziviler) und militärischer Aufgaben nicht in allen EU-Mitgliedstaaten, so zum Beispiel in Deutschland, wohlgeübt. Darüber hinaus gründeten Italien und Frankreich eine gemeinsame Gebirgsjägerbrigade, die nach dem Vorbild der deutsch-französischen Brigade weiterentwickelt werden und einen weiteren Nukleus für eine europäische Armee bilden soll.

Die italienisch-französische Zusammenarbeit konkretisiert sich auch langsam in der Frage des Wiedereinstiegs Italiens in die Atomenergie: Voraussichtlich die beiden Konsortien aus dem italienischen Energieerzeuger ENEL und der französischen EDF sowie aus der deutschen E.ON und der französischen GDF-SUEZ werden mittelfristig vier beziehungsweise zwei Reaktoren bauen. Allerdings können für Baubeginn und Inbetriebnahme noch keine Jahreszahlen genannt werden. Gleichzeitig hat Italien mit staatlichen Förderungen zu einer großen Aufholjagd bei der Sonnen- und Windenergie angesetzt.

Berlusconi in der Sackgasse – Italien im Wartestand

Seit seinem Amtsantritt als Präsident des Abgeordnetenhauses hat Gianfranco Fini, historischer Weggefährte Silvio Berlusconis und der Mann, der seine Alleanza Nazionale mit der Forza Italia Berlusconis zum Popolo della Libertà (PdL) fusionierte, mit überparteilichen und zum Teil progressiven Vorschlägen, die sicher nicht der Mehrheitsmeinung des PdL und schon gar nicht der Agenda Berlusconis entsprachen, für Aufmerksamkeit und recht viel allgemeine Zustimmung gesorgt. Im Herbst 2009 kritisierte Fini auch in seiner Funktion als Parlamentspräsident den Umgang der Regierung mit dem Parlament als Abstimmungsmaschine: Die Gesetzesinitiativen kämen zu 87 Prozent aus der Regierung und nur zu 13 Prozent aus den Reihen des Parlaments. Viele der Gesetze seien nur die Umwandlung von Gesetzesdekreten, die von der Regierung erlassen wurden. Der Palazzo Chigi (Presidenza del Consiglio, das Amt des Ministerpräsidenten) sei zur eigentlichen Schaltzentrale und zum Ort der Legislative geworden. Diese Grundsatzkritik Finis an Berlusconi Versuch, das Parlament so weit wie möglich zu umgehen und auszuschalten, eröffnete eine Reihe von Konflikten zwischen den beiden „Parteifreunden“. Zum nicht mehr über die Medien ausgetragenen sondern offenen Konflikt kam es 22. April 2010 bei der ersten Direzione Nazionale des PdL, einem live im Fernsehen übertragenen kleinen Parteitag. In der Folge gründeten Sympathisanten aus Abgeordnetenhauses und Senat nach ihrem Partei-ausschluss aus dem PdL eine eigene Gruppe und Fraktion unter dem Namen Futuro e Libertà per l'Italia (FLI), die zwar weiterhin die Regierung Berlusconi stützen will, das aber von Bedingungen abhängig macht und auch von Fall zu Fall über ihr Votum entscheiden will. Damit hat die Regierung Berlusconi im Abgeordnetenhauses keine eigene Mehrheit mehr und steht auf Abruf. Zwar gelang Berlusconi eine Vertrauensabstimmung am 29. September 2010, aber nur mit den Stimmen von FLI-Abgeordneten. Die Frage nach einer Techniker-Übergangsregierung zur Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts und Neuwahlen steht im Raum und wird nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Unternehmerverband Confindustria gefordert.

Besonders Fragen des Rechts, der Justiz und der Verfolgung von Straftaten haben Fini von Berlusconi entfernt: So war eine Schlüsselforderung der Fini-Anhänger, dass Abgeordnete und Minister, gegen die ermittelt wird oder die sogar rechtskräftig verurteilt sind, ihr Amt niederlegen müssen. Die Durchdringung auf regionaler und nationaler Ebene des PdL mit Politikern, die der Korruption und auch der Zugehörigkeit zur Mafia verdächtigt werden, führte zu mehreren spektakulären Rücktritten. Darüber hinaus verschärfte auch

der Wahlerfolg der Lega Nord bei den Regionalwahlen im Frühjahr und deren Forderung nach der sofortigen Einführung eines Finanzföderalismus die Spannungen in der Koalition, während Berlusconi seine persönlichen Projekte einer Änderung des parlamentarischen zu einem präsidentiellen System, einer Justizreform, einer umfassenden Immunität und Aussetzung von Prozessen für sein Amt und die Einschränkung von Abhörmaßnahmen und der Pressefreiheit vorantrieb, was ihm die Kritik unter anderen der Opposition, der Medien, der Justiz, der Sicherheitsorgane, des US-Justizministeriums, der OSZE, der EU-Kommission und des UN-Sonderberichterstatters zur Pressefreiheit einbrachte.

Italien ist in einer Zeit unsicherer wirtschaftlicher Erholung, steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Produktivität, massiver staatlicher Einsparungen und wirtschaftlicher Umstrukturierungen ohne eine Regierung, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Die mageren Ergebnisse der bisherigen Amtszeit seit 2008 lassen nicht erwarten, dass sich der politische Output nach mühsamen Verhandlungen über die Parteigrenzen hinweg nun erhöhen oder verbessern sollte.

Für die Europapolitik Italiens, Bedeutung, Gewicht und Einfluss Italiens in Europa bedeutet das, dass vermutlich vorgezogene Wahlen im Frühling 2011 die Chance für eine neue Standortbestimmung Roms in der Europäischen Union bringen werden.

Weiterführende Literatur

Dipartimento Politiche Comunitarie: I numeri delle infrazioni, <http://www.politichecomunitarie.it/attivita/15141/dati>.

European Parliament: Migrants at sea: guidelines for EU border patrols, <http://www.europarl.europa.eu/en/pressroom/content/20100324IPR71287/>.

Istituto Affari Internazionali: L'Italia e la trasformazione dello scenario internazionale fra rischi di marginalizzazione e nuove responsabilità, <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iai1004.pdf>.

Paolo Magri: La presenza italiana nelle organizzazioni internazionali: dove siamo? ISPI Commentary, http://www.ispionline.it/it/documents/Commentary_Magri_20.9.2010.pdf.

Olga Piscitelli (a cura di): 2008-2010 – Due anni contro la Costituzione – Osservatorio dei diritti perduti, Libertà e Giustizia 2010, http://www.libertaegiustizia.it/upload/Libretto_nero.pdf.